

NIEDERSCHRIFT

Gremium	Kreistag
Sitzung Nummer	19/2021-2026
Datum	25.09.2023
Sitzungsbeginn	13:30
Sitzungsende	17:30
Ort	Kreistagssitzungssaal, Karl-Kellner-Ring 51, 35576 Wetzlar

Teilnehmende**Kreistagsvorsitzender**

Volkman, Johannes

Landrat

Schuster, Wolfgang

Erster Kreisbeigeordneter

Esch, Roland

Hauptamtlicher Kreisbeigeordneter

Aurand, Stephan

Ehrenamtlicher Kreisbeigeordneter -Dezernent-

Biermann, Andrea

Prof. Dr. Danne, Harald

CDU-Fraktion

Ahrens-Dietz, Heike

Bender, Anna-Lena

Bender, Matthias

Braun, Carsten

Deusing, Kevin

Herr, Christoph Alexander

Hundertmark, Michael

Krämer-Bender, Rabea

Lenzer, Carmen

Müller, Armin
Müller, Jörg Michael
Müller, Leo
Panten, Ingo
Panten, Sascha
Petersen, Nicole
Schäfer, Lisa
Dr. Schönwetter, Tim
Schumacher, Silke
Prof. Dr. Silbe, Katja
Sommer, Sabine
Steinraths, Daniel
Winkler, Lukas Philipp

SPD-Fraktion

Arch, Stefan
Beimborn, Regina
Böcher, Jan Moritz
Breustedt, Michelle
Engel, Jürgen
Fay, Anja
Grimmer, Andrea
Grüger, Stephan
Hartert, Holger
Inderthal, Frank
Kunz, Cirsten
Lemler, Heinz
Polat, Murat
Dr. Rauber, David
Rauber, Heinz
Schmidt, Ingrid
Scholl, Stefan
Weppler, Elke

Bgo/Die Grünen

Brockhoff, Sebastian
Dworschak, Reiner
Garotti, Dorothea
Green, Emely
Hartmann, Lukas
Klement, Martina
Dr. Marien, Jan
Dr. Rinn, Karin
Schelberg, Maria
Zühlsdorf-Michel, Carmen

FWG-Fraktion

Dr. Blöcher-Weil, Johannes
Boch, Dunja
Esch, Gudrun
Fuchs, Hans-Werner
Lefèvre, Christa
Ludwig, Jörg

Dr. Viertelhausen, Andreas

AfD-Fraktion

Bellinghausen, Karlheinz
Hermann, Jacqueline Carina
Jakisch, Rudolf Georg
Mulch, Lothar
Niggemann, Andrea
Wagner, Willi

FDP-Fraktion

Benner-Berns, Anna-Lena
Berns, Wolfgang
Dr. Büger, Matthias
Dette, Wolfram

DIE LINKE

Ohnacker, Christiane
Sitte, Kevin
Zborschil, Tim

fraktionslos

Hantusch, Thassilo
Wagner, Steffen

Ehrenamtliche/r Kreisbeigeordnete/r

Bangert, Armin
Benner, Hans
Betz, Karin
Döpp, Ronald
Droß, Steffen
Hardt-El Ansari, Kerstin
Horne, Eberhard
Hugo, Klaus
Koch-Rein, Christiane
Nickel, Diethelm
Niggemann, Klaus
Zeaiter, Sabrina

Schriftführerin

Klein, Birgit

Stellv. Schriftführerin

Müller, Katja

es fehlt entschuldigt

Egler, Beatrix
Gottsmann, Thomas
Hartmann, Niklas
Krohn, Martin
Peller, Michael
Dr. Sattler, Daniel
Schäfer, Mechthild

Steinraths, Frank
Müller, Elisabeth

Tagesordnung

Nichtöffentliche Sitzung

TOP 1.

Einleitung eines Disziplinarverfahrens
Antrag des Abgeordneten Mulch (AfD) vom 03.03.2023
(A-49/2023)

Öffentliche Sitzung

Sitzungsteil A

TOP 1.

Mitteilungen des Kreisausschusses und des Kreistagsvorsitzenden

TOP 2.

Fragestunde

TOP 3.

Nachwahl einer sachkundigen Person sowie einer stellvertretenden sachkundigen Person als Mitglied der Schulkommission des Lahn-Dill-Kreises

TOP 4.

Wahl je einer sachkundigen Person als Mitglied und stellvertretendes Mitglied der Frauen- und Gleichstellungskommission auf Vorschlag der AfD-Fraktion

Sitzungsteil B

TOP 5.

Zwischenbericht des Lahn-Dill-Kreises zum 2. Quartal 2023
(MI-26/2023)

TOP 6.

Verlustrückgang des Eigenbetriebes Lahn-Dill-Akademie
(VL-173/2023)

Sitzungsteil C

TOP 7.

Jugendfreizeiteinrichtung Tringenstein
Antrag der AfD-Fraktion vom 10.07.2023
(A-44/2023)

TOP 8.

Aufnahmestopp
Antrag der AfD-Fraktion vom 16.07.2023
(A-45/2023)

TOP 9.

Aktualisierung des Energie- und Klimaschutzkonzeptes

Antrag der Fraktionen SPD, B90/Die Grünen, FWG und FDP vom 02.08.2023

(A-46/2023)

TOP 10.

Suchtprävention für Kinder und Jugendliche

Antrag der Fraktionen SPD, B90/Die Grünen, FWG und FDP vom 17.07.2023

(A-47/2023)

TOP 11.

Seelisch-psychischer Beistand im außerschulischen Alltag

Antrag der Fraktionen SPD, B90/Die Grünen, FWG und FDP vom 17.07.2023

(A-48/2023)

TOP 12.

Umfrage Mitarbeiterinnen- und Mitarbeiterzufriedenheit

Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 01.09.2023

(A-57/2023)

TOP 13.

Anhörung Schulbezirkssatzung

Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 01.09.2023

(A-51/2023)

TOP 14.

Finanzierung ÖPNV für Schülerinnen, Schüler und Azubis

Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 01.09.2023

(A-52/2023)

TOP 15.

Refill-Deutschland

Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 01.09.2023

(A-50/2023)

TOP 16.

Pilotprojekt zur Gewinnung von Ärztinnen und Ärzten

Antrag der CDU-Fraktion vom 04.09.2023

(A-53/2023)

TOP 17.

Pimp your town

Antrag der CDU-Fraktion vom 04.09.2023

(A-54/2023)

Sitzungsverlauf

Öffentliche Sitzung

Vorsitzender Volkmann (CDU) eröffnet die 19. Sitzung des Kreistages und begrüßt die Abgeordneten, Landrat Wolfgang Schuster, den Ersten Kreisbeigeordneten Roland Esch, den Hauptamtlichen Kreisbeigeordneten Stephan Aurand, die ehrenamtlichen Kreisbeigeordneten Andrea Biermann und Prof. Dr. Harald Danne und die weiteren ehrenamtlichen Kreisbeigeordneten. Weiter begrüßt er die Vertreter der Medien, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Verwaltung sowie Zuhörerinnen und Zuhörer im Saal und bei Youtube.

Vorsitzender Volkmann (CDU) gratuliert dem Abgeordneten Böcher (SPD) zu dessen Heirat und überreicht einen Blumenstrauß.

Vorsitzender Volkmann (CDU) stellt die Beschlussfähigkeit des Kreistages fest. Er weist auf die Videoaufzeichnung der Sitzung hin und bittet um Mitteilung, wenn die Aufzeichnung von Redebeiträgen nicht gewünscht werde.

Vorsitzender Volkmann (CDU) fährt fort, dass zu der Sitzung mit Schreiben vom 7. September 2023 form- und fristgerecht eingeladen worden sei. Die Einladung sei noch am selben Tag um einen weiteren Tagesordnungspunkt ergänzt worden (TOP 15 neu), der aufgrund eines Fehlers nicht auf der ursprünglichen Einladung aufgenommen worden sei. Die Beratungsunterlagen für diese Sitzung seien mit der Einladung versandt worden oder auf eigenen Wunsch digital zur Verfügung gestellt worden. Die amtliche Hinweisbekanntmachung der Kreistagssitzung in der Wetzlarer Neuen Zeitung mit Nebenausgaben für das Kreisgebiet sei am 21. September 2023 erfolgt. Der Kreisausschuss habe in seiner Sitzung am 6. September 2023 für die auf der Tagesordnung stehenden Beratungspunkte und für den Sitzungstermin sein Benehmen hergestellt, sowie im Umlaufverfahren am 11. September wegen der Ergänzung.

Vorsitzender Volkmann (CDU) teilt weiter mit, dass nach Absprache im Ältestenrat die Tagesordnungspunkte 12 und 15 getauscht würden.

Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung werden nicht vorgebracht. Sie gilt somit als genehmigt.

Sitzungsteil A

Zu TOP 1.

Mitteilungen des Kreisausschusses und des Kreistagsvorsitzenden

Mitteilungen des Kreisausschusses

Terminplanung Haushalt 2024/2025

Landrat Schuster teilt mit, dass der Nachtragshaushalt 2023 nach Genehmigung und Veröffentlichung seit dem 19.09.2023 in Kraft gesetzt sei. Die Umsetzung der notwendigen Investitionsmaßnahmen sowie die Haushaltsplanausführung im Ergebnishaushalt könnten nun beginnen. Parallel dazu habe die Planung zum Doppelhaushalt 2024/2025 begonnen. Derzeit führe man in der Finanzabteilung ein Umstellungsprojekt auf eine neue SAP-Version durch. Dieser Prozess gestalte sich als langwierig. Daher sei man mit dem Haushaltsplanaufstellungsverfahren in Verzug geraten. Der Haushalt könne daher erst am 5. Februar eingebracht und am 18. März verabschiedet werden. Mit einem hohen Fehlbetrag sei zu rechnen. Allein die Erhöhung der LWV-Umlage in 2024

werde etwa 2 Punkte an der Kreisumlage ausmachen. Die derzeitige Höhe der Kreis- und Schulumlage werde voraussichtlich keinen Bestand haben können.

Partnerschaften mit der Bundeswehr – Reservedienst und Heimatschutzregiment Hessen

Landrat Schuster teilt mit, dass der Lahn-Dill-Kreis in den Bereichen des Reservedienstes sowie des Heimatschutzregimentes Hessen Partnerschaften mit der Bundeswehr anstrebt. Die Umsetzung der Partnerschaften sei im vierten Quartal 2023 geplant. Die Reserve der Bundeswehr sei für die Landes- und Bündnisverteidigung, für den Heimatschutz sowie für die Einsätze im Rahmen des internationalen Krisenmanagements ein unverzichtbarer Bestandteil der Bundeswehr. Durch die Partnerschaft signalisiere der Lahn-Dill-Kreis als Arbeitgeber die Bereitschaft die Mitarbeitenden aus der Reserve für den Reservedienst freizustellen und so ein Engagement in der Reserve der Bundeswehr zu ermöglichen. Für die Umsetzung erhält der Lahn-Dill-Kreis seitens der Bundeswehr Unterstützung in Form von Vermittlungs- und Erklärungsarbeit vor Ort. Die geänderte sicherheitspolitische Lage in Europa erfordere darüber hinaus auch ein konkretes Handeln in Hessen. Dafür werde ein neues Heimatschutzregiment aufgestellt, welches im Krisen- und Spannungsfall Einrichtungen der Kritischen Infrastruktur sowie Transportwege sichern werde. Das Heimatschutzregiment komme ebenfalls bei der Katastrophenhilfe im Inland zum Einsatz. Auch hier sei die Bereitschaft von Arbeitgebern gefragt, Reservistinnen und Reservisten aus dem Unternehmen für 10 Arbeitstage im Jahr für Ausbildungen freizustellen. Die Freistellungen würden in Absprache mit mehrmonatiger Vorlaufzeit mit den Arbeitgebern abgestimmt. Der Lahn-Dill-Kreis wolle zukünftig auch hier als Arbeitgeber einen Beitrag für die allgemeine Sicherheit erbringen und das Heimatschutzregiment Hessen entsprechend unterstützen.

Dringende Bitte um personelle Unterstützung durch das Fachpersonal im Zusammenhang mit der Befragung der unbegleiteten minderjährigen Ausländer (UMA) durch die Stadt Gießen

Landrat Schuster teilt mit, dass das Jugendamt der Stadt Gießen zentral für ganz Hessen die UMAs befrage, aufnehme und registriere. Wegen Überlastung seien alle hessischen Kommunen mit Jugendämtern um Amtshilfe gebeten worden. Man habe sich dazu entschieden, zwei Mitarbeitende für die Aufarbeitung der Neuzugänge abzustellen. Die Stadt Gießen bedanke sich hierfür.

Machbarkeitsstudie zur Solmsbachtalbahn

Ehrenamtliche Kreisbeigeordnete Biermann teilt mit, dass der RMV die Machbarkeitsstudie zur Solmsbachtalbahn in Auftrag gegeben habe. Es handele sich um zwei Büros: DB Engineering und Consult in Karlsruhe und die VWI in Stuttgart. Die Arbeit fange im Oktober an. Man rechne mit Ergebnissen in etwa 12 Monaten.

Wirtschaft und Arbeitsmarkt

Ehrenamtlicher Kreisbeigeordneter Prof. Dr. Danne berichtet, dass sich im verarbeitenden Gewerbe die Zahl der Beschäftigten um 2,3 % weiter erhöht habe (Hessen: -1,8 %). Die heimische Industrie habe im Juni einen Umsatzanstieg von 8,5 % verzeichnet (Deutschland: 3,6 %). Die heimische Wirtschaft, geprägt durch Industrie und Mittelstand, zeige sich als sehr robust. Im 2. Quartal habe man einen Umsatzanstieg von beachtlichen 4,7 % erreicht (Hessen: 1,5 %, Deutschland: 1,8 %). Erfreulicherweise zeige sich auch eine Trendwende bei den Ausbildungsberufen. Die Arbeit mit den Partnern zeige erste Früchte. Laut Bertelsmann Stiftung hätten 50 % aller Jugendlichen in erster Linie Gespräche mit Berufsberatern, Lehrern und Ausbildern als entscheidend für die Berufsauswahl angesehen. Dies sei während der Pandemie kaum möglich gewesen. Aktuell verzeichne man einen Anstieg der Ausbildungsplätze um 5 % im Bereich der IHK. Gleiches gelte für die Handwerkskammer. Im Bereich der Industriemechaniker (Werner-von-Siemens-Schule Wetzlar) seien die Ausbildungszahlen um 23 % angestiegen (Berufskraftfahrern: 37 %, Kraftfahrzeugmechatroniker: 22 %, Mechatroniker: 33 %, Verfahrensmechaniker Kunststoff: 33 %). Insgesamt sei dies ein Anstieg von 340 auf über 400 Ausbildungsverträge. Er hoffe, dass die Trendwende erkennbar werde.

Transformationsnetzwerk der Automobilindustrie

Ehrenamtlicher Kreisbeigeordneter Prof. Dr. Danne teilt mit, dass man in der letzten Woche im Kreistagssitzungssaal 60 Experten aus den Bereichen Bildung und Wirtschaft zusammengerufen habe, um sich über das Transformationsnetzwerk der Automobilindustrie zu unterhalten. Die Prognosen des Institutes für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung hätten bestätigt, dass man bis 2030 einen Fachkräfte- und Arbeitskräftemangel von 10.000 Mitarbeitenden haben werde. Andererseits würden z. B. in den Berufsfeldern der Automobilindustrie etwa 75 % aller Tätigkeiten substituierbar sein. Er rechne damit, dass die Wirtschaft von der fortschreitenden Automatisierung auch Gebrauch machen werde. Daher müssten Qualifizierung und Weiterbildung in den Blick genommen werden. Man werde diese Netzwerktreffen fortsetzen und Vertreterinnen und Vertreter aus den Fraktionen hinzuladen.

Welcomecenter Mittelhessen

Ehrenamtlicher Kreisbeigeordneter Prof. Dr. Danne teilt mit, dass der Aufsichtsrat der Gesellschafterversammlung im Regionalmanagement zwischenzeitlich einen Auftrag für die Erarbeitung eines Konzeptes erteilt hätten, das mit den heimischen Kammern und dem Kreis (Ausländerbehörde) abgestimmt werden solle. Er rechne mit der Fertigstellung des Konzeptes zu Beginn des nächsten Jahres.

Mitteilungen des Kreistagsvorsitzenden

Mandatsniederlegung

Vorsitzender Volkmann (CDU) teilt mit, dass der Abgeordnete Hans-Jürgen Irmer (CDU) zum 01.09.2023 den Vorsitz der CDU-Fraktion und sein Kreistagsmandat niedergelegt habe. Er dankt ihm für sein langjähriges Engagement sowohl persönlich als auch im Namen des Kreistages. Er sei in den letzten 40 Jahren eine prägende Figur der Kommunalpolitik gewesen. Laut Feststellung des Kreiswahlleiters rücke für ihn Lukas Winkler in den Kreistag nach. Er begrüßt ihn als neues Mitglied im Kreistag.

Fraktionsvorsitz

Vorsitzender Volkmann (CDU) teilt mit, dass die CDU-Fraktion Herrn Carsten Braun zum neuen Fraktionsvorsitzenden gewählt habe.

Ausschüsse

Vorsitzender Volkmann (CDU) teilt mit, dass der Abgeordnete Braun (CDU) als Mitglied aus dem Bildungsausschuss ausscheide. An seiner Stelle werde die Abgeordnete Schumacher (CDU) als Ausschussmitglied benannt. Die Abgeordnete Schumacher (CDU) scheidet als Mitglied aus dem Bauausschuss aus. An ihrer Stelle werde der Abgeordnete Winkler (CDU) als Ausschussmitglied benannt.

Verwaltungsstreitverfahren AfD-Fraktion ./ Kreistag des LDK

Vorsitzender Volkmann (CDU) berichtet, dass die AfD-Fraktion Beschwerde gegen den Beschluss des VG Gießen eingelegt habe. Das Verfahren sei nun beim Hessischen Verwaltungsgerichtshof anhängig. Das Eilverfahren sei zwischenzeitlich beendet, da die Beschwerde durch die Gegenseite zurückgenommen worden sei.

Erteilen einer Rüge

Vorsitzender Volkmann (CDU) bezieht sich auf seinen Ordnungsruf gegen den Abgeordneten Hantusch (fraktionslos) wegen der Verwendung des Begriffes „Bevölkerungsaustausch“ in der letzten Kreistagssitzung. Der Abgeordnete habe dagegen Einspruch erhoben. Nach rechtlicher Prüfung und Rücksprache mit dem Ältestenrat habe er den Einspruch des Abgeordneten

aufgehoben. Die Verwendung des Begriffes „Bevölkerungsaustausch“ missbillige er jedoch ausdrücklich und erteile dem Abgeordneten Hantusch hierfür eine Rüge.

Zu TOP 2.
Fragestunde

Vorsitzender Volkmann (CDU) trägt vor, dass eine Frage der Abgeordneten Klement (B90/Die Grünen) zu den **Energiesparmaßnahmen des Kreises** vorliege. Die Frage sei in der letzten Kreistagssitzung zurückgestellt worden.

Abgeordneten Klement (B90/Die Grünen) führt aus, dass der 1. Kreisbeigeordnete Herr Roland Esch in einer Kreistagssitzung im März mitgeteilt habe, dass die Duschen in den kreiseigenen Sporthallen in diesem Sommer warm bleiben sollen. Im vergangenen Jahr habe die Abschaltung der Heizungen zu Ersparnissen von ca. 95.000 € und 510 Tonnen CO₂ geführt.

Frage: Warum will die Kreisverwaltung nun auf dieses Sparmodell verzichten, obwohl es weiterhin eine Klimakrise, einen Krieg in der Ukraine und eine Energienotlage gibt?

Zusatzfrage: Sollen die übrigen kriegsbedingten Energiesparmaßnahmen in der Verwaltung ebenfalls eingestellt werden?

Hauptamtlicher Kreisbeigeordneter Esch antwortet, dass die Turn- und Sporthallen des Lahn-Dill-Kreises für die Sportlerinnen und Sportler in diesem Jahr wieder wie gewohnt durchgängig mit warmem Duschwasser ausgestattet würden. Im vergangenen Jahr sei dies anders gewesen. Mit Beschluss des Kreisausschusses vom 25.05.2022 sei festgelegt worden, dass die Heizungs- und Warmwasseranlagen der kreiseigenen Turn- und Sporthallen ab dem 01.06.2022 ausgeschaltet und ab dem 18.09.2022 wieder eingeschaltet werden sollten. Diese Sparmaßnahme sei nach dem Ausbruch des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine ergriffen worden, um eine Gasmangellage zu vermeiden. Insbesondere aber um den Einkauf von russischem Gas und Heizöl einzuschränken und die Gasspeicher der Bundesrepublik zu füllen. Das dies gelungen sei, wisse man heute. Am 23.06.2022 habe hierzu das Bundeswirtschaftsministerium die Alarmstufe des Notfallplans Gas ausgerufen. Durch den Auslauf der Bundesenergiesparverordnung am 15.04.2023 seien alle diese Vorgaben in Gänze entfallen. Aktuell seien die deutschen Gasspeicher zu rund 95 % gefüllt. Es werde kein russisches Gas mehr importiert und es gebe keine Anzeichen für eine Gasmangellage. Die Website der Bundesnetzagentur sage, dass die Gasflüsse stabil und ausgeglichen seien. Vor diesem Grund habe man es für angemessen gehalten, den Sportlerinnen und Sportlern wie gewohnt warmes Duschwasser zur Verfügung zu stellen. Dabei vernachlässige der Kreis keineswegs die Ziele von Nachhaltigkeit und Energieeinsparung. Dafür seien bereits diverse Maßnahmen getroffen worden und andere seien in Planung. Die Erfahrungen während des seinerzeit drohenden Gasnotstandes hätten gezeigt, dass zentrale Warmwasseraufbereitung in Schulen, Mensen und Schulturnhallen im Verhältnis zur tatsächlich benötigten Wassermenge oftmals sehr ineffizient gewesen seien. Die für die Heizlast ausgelegten Kessel hätten im Sommerbetrieb teilweise einen Anlagenwirkungsgrad von unter 5 % aufgewiesen. Dies sei bis vor einiger Zeit in Kauf genommen worden, erscheine aus heutiger Sicht jedoch weder ökonomisch noch ökologisch vertretbar. Daher sei durch die Schulbauabteilung eine komplette Bestandsaufnahme der Warmwasserversorgung an allen Schulen durchgeführt worden. Man habe bereits viele Optimierungen durchgeführt und an diversen Liegenschaften Nachrüstungen vorgenommen, die insbesondere in dezentralen Durchlauferhitzern bestehen. Er nennt als Beispiel die Grundschulen in Aßlar, Werdorf, Bonbaden, Philippstein, Leun, Burgsolms, Oberbiel, die Geschwister-Scholl-Schule und die gewerblichen Schulen. Darüber hinaus habe es eine Reihe technischer und organisatorischer Änderungen gegeben, über die am vergangenen Montag in der Bauausschusssitzung ausführlich berichtet worden sei. Unabhängig davon würden die Erfahrungen des vergangenen Jahres in die weiter anstehenden Planungen einfließen. Dieser Prozess sei nicht abgeschlossen und werde kontinuierlich fortgesetzt. Weitere Einsparungen hätten sich in diesem Jahr daraus ergeben, dass während der

üblichen Schließungszeiten der Hallen (4 Wochen in den Sommerferien), in denen ohnehin kein Sportbetrieb stattfindet, alle Heizungsanlagen gänzlich ausgeschaltet worden seien. Entgegen pessimistischer Vorhersagen seien aus der Abschaltung keine größeren Legionellen Probleme entstanden. In der derzeitigen Lage erscheine es nicht opportun, die Sporttreibenden ohne Not mit weiteren Einschränkungen zu belasten. Übrig geblieben sei aus der Zeit, dass man die Turnhallen, die laut Vorgaben des vergangenen Jahres nur auf 16 ° hätten beheizt werden dürfen, mit 18 ° beheize. Dies stoße auf Akzeptanz.

Hauptamtlicher Kreisbeigeordneter Esch antwortet auf die Zusatzfrage, und bezieht sich auf die am 15.04.2023 ausgelaufenen Vorgaben der Kurzfristenergieeinsparungsmaßnahmenverordnung. Es hätten sich keine grundlegenden Veränderungen in den Verwaltungsliegenschaften ergeben. Aufgrund des Wegfalls der Rechtsgrundlage sei lediglich die Absenkung der Temperatur in einzelnen Arbeitsbereichen auf 20 ° angepasst worden. Folgende Maßnahmen seien bestehen geblieben: kein Beheizen von Durchgangsbereichen (Flure, Foyers, Technikräume), es sei denn aus sicherheitstechnischen Gründen; keine Nutzung von Boilern und Durchlauferhitzern für die Warmwasserbereitung an Waschbecken, es sei denn, es sei aus hygienischen Gründen vorgeschrieben; Ausschalten der Beleuchtung der Fassadenflächen baulicher Anlagen aus rein ästhetischen, optischen oder repräsentativen Gründen; Umschalten der Raffstore- und Verschattungsanlagen auf Automatik; Ausschalten der Heizungen nach der Übergangszeit; Einbringen einer Nachtkühle bei Belüftungsanlagen von 01:00 Uhr bis 05:30 Uhr;

Vorsitzender Volkmann (CDU) teilt mit, dass eine weitere Frage des Abgeordneten Dworschak (Bgo/Die Grünen) zur Errichtung von **Photovoltaikanlagen** vorliege.

Abgeordneter Dworschak (Bgo/Die Grünen) führt aus, dass am 17.10.2022 der Kreisausschuss gebeten worden sei zu prüfen, auf welchen kreiseigenen Flächen Photovoltaikanlagen errichtet werden können.

Frage: Wie lautet das Ergebnis dieser Prüfung?

Zusatzfrage: Auf welchen dieser Flächen wurden seitdem Photovoltaikanlagen errichtet und wie sieht die künftige Planung aus?

Ehrenamtliche Kreisbeigeordnete Biermann antwortet, dass die Stabstelle Klima Energie und Mobilität Liegenschaftssteckbriefe der kreiseigenen Gebäude erstellt habe. Hierbei seien die Dachflächen priorisiert worden. Aufgrund der hohen zu erwartenden Potentiale seien im ersten Schritt die Schulstandorte betrachtet worden. Dies sei Anfang des Jahres geschehen. Derzeit finde eine Eignungsprüfung der Dachflächen (Statik, Dacheindeckung, Denkmalschutz) seitens der zuständigen Bauabteilung statt.

Ehrenamtliche Kreisbeigeordnete Biermann antwortet auf die Zusatzfrage, dass Photovoltaikanlagen auf der Grundschule in Roßbachtal, den Grundschulen in Niederbiel und Oberbiel, der Goetheschule, der Theodor-Heuss-Schule, der Sporthalle Solms (derzeit in Betriebsnahme) und auf dem Neubau des Kreishauses bereits vergeben worden seien. Aufgrund der noch hohen Potentiale und durchaus anspruchsvollen technischen Rahmenbedingungen habe ihre Stabsstelle gemeinsam mit der Bauabteilung nach anwendbaren Umsetzungslösungen gesucht. Nach Sondierung des Marktes habe sich der EAM-EnergiewendePartner als anwendbarer Lösungsansatz gefunden. Vorteile seien: Gewährleistung von Management, Koordination und Unterstützung durch die EAM-Gesellschaften; Entlastung interner Personalstrukturen als externes Ingenieurbüro, ohne eigene Entscheidungskompetenzen aus der Hand zu geben; direkte Partizipation des Kreises an den Ergebnissen. Derzeit werde eine Beschlussvorlage für den Kreistag vorbereitet, die den Beitritt des Lahn-Dill-Kreises als Gesellschafter der EAM EnergiewendePartner GmbH zum 01.01.2024 beschließen soll.

Zu TOP 3.

Nachwahl einer sachkundigen Person sowie einer stellvertretenden sachkundigen Person als Mitglied der Schulkommission des Lahn-Dill-Kreises

Vorsitzender Volkmann (CDU) informiert, dass die AfD-Fraktion geheime Wahl für die Wahlen unter TOP 3 und TOP 4 beantragt habe. Die Wahlen würden daher schriftlich und in einem Wahlgang durchgeführt:

Vorsitzender Volkmann (CDU) teilt mit, dass seitens der Katholischen Kirche je ein Wahlvorschlag für eine sachkundige Person sowie eine stellvertretende sachkundige Person für die Schulkommission eingereicht worden sei. Es handele sich um eine Nachwahl, die wegen des Ausscheidens des bisherigen stimmberechtigten Mitgliedes Günter Weyrich erforderlich geworden sei.

Sachkundige Person auf Vorschlag der Katholischen Kirche:

Schweitzer, Ivonne

Stellvertretende sachkundige Person auf Vorschlag der Katholischen Kirche:

Rux, Matthias

Nach Abschluss der Auszählung schließt **Vorsitzender Volkmann (CDU)** den Wahlvorgang und verkündet das Wahlergebnis:

Sachkundige Person auf Vorschlag der Katholischen Kirche:

Abstimmungsergebnis für Schweitzer, Ivonne:

Ja-Stimmen: 56

Nein-Stimmen: 10

Stimmenthaltungen: 3

Stellvertretende sachkundige Person auf Vorschlag der Katholischen Kirche:

Abstimmungsergebnis für Rux, Matthias:

Ja-Stimmen: 54

Nein-Stimmen: 10

Enthaltungen: 5

Vorsitzender Volkmann (CDU) stellt fest, dass die seitens der Katholischen Kirche vorgeschlagenen Personen als sachkundige Person bzw. stellvertretende sachkundige Person gewählt worden seien.

Zu TOP 4.

Wahl je einer sachkundigen Person als Mitglied und stellvertretendes Mitglied der Frauen- und Gleichstellungskommission auf Vorschlag der AfD-Fraktion

Vorsitzender Volkmann (CDU) teilt mit, dass seitens der AfD-Frauenorganisation je ein Wahlvorschlag für eine sachkundige Person sowie eine stellvertretende sachkundige Person für die Frauen- und Gleichstellungskommission, nach dem Beschluss des Kreisausschusses vom 24.11.2021, eingereicht worden sei.

Sachkundige Person auf Vorschlag der AfD-Frauenorganisation:

Meiswinkel, Sylvia

Stellvertretende sachkundige Person auf Vorschlag der AfD-Frauenorganisation:

Herrmann, Nadine

Nach Abschluss der Auszählung schließt **Vorsitzender Volkmann (CDU)** den

Wahlvorgang und verkündet das Wahlergebnis:

Sachkundige Person auf Vorschlag der AfD-Fraktion:

Abstimmungsergebnis für Meiswinkel, Sylvia:

Ja-Stimmen: 16

Nein-Stimmen: 46

Stimmenthaltungen: 6

Stellvertretende sachkundige Person auf Vorschlag der AfD-Fraktion:

Abstimmungsergebnis für Herrmann, Nadine:

Ja-Stimmen: 16

Nein-Stimmen: 45

Enthaltungen: 7

Vorsitzender Volkmann (CDU) stellt fest, dass die seitens der AfD-Fraktion vorgeschlagenen Personen nicht als sachkundige Person bzw. stellvertretende sachkundige Person gewählt worden seien. Die Positionen blieben daher unbesetzt.

Sitzungsteil B

Zu TOP 5.

Zwischenbericht des Lahn-Dill-Kreises zum 2. Quartal 2023

MI-26/2023

Inhalt der Mitteilung:

Der Zwischenbericht des Lahn-Dill-Kreises zum 2. Quartal 2023 wird zur Kenntnis genommen

Zu TOP 6.

Verlustausgleich des Eigenbetriebes Lahn-Dill-Akademie

VL-173/2023

Beschluss:

Die im Jahresabschluss 2022 gebildete Rückstellung für den Verlustausgleich in Höhe von 402.781 € wird in Anspruch genommen und an die Lahn-Dill-Akademie ausgezahlt

Abstimmungsergebnis:

Zur Kenntnis genommen

Sitzungsteil C

Zu TOP 7.

Jugendfreizeiteinrichtung Tringenstein

Antrag der AfD-Fraktion vom 10.07.2023

A-44/2023

Abgeordnete Niggemann (AfD) beschreibt das Ferienheim Tringenstein als eine beliebte Einrichtung des Lahn-Dill-Kreises, insbesondere für Kinder- und Jugendliche. Für das 2. Halbjahr

2023 hätten dort weit über 1.000 junge Menschen eine Freizeit geplant und gebucht. Der Kreis habe jedoch Prioritäten gesetzt und beschlossen, die Jugendfreizeiteinrichtung in Tringenstein, ebenso wie schon das Freizeitheim in Heisterberg, für die Unterbringung von Flüchtlingen zu nutzen und umzubauen. Mögliche Schadenersatzforderungen wegen der abgesagten Freizeiten nehme man in Kauf und plane stattdessen eine intensive Betreuung der Flüchtlinge vor Ort, Sicherheits- und Fahrdienste. Dabei handele es sich aus ihrer Sicht bei den Flüchtlingen überwiegend um Migranten, die illegal nach Deutschland eingereist seien.

Hauptamtlicher Kreisbeigeordneter Aurand setzt die Abgeordnete in Kenntnis, dass der Kreisausschuss als Notmaßnahme das Feriendorf in Tringenstein befristet bis zum 31.12.2023 für die Flüchtlingsarbeit zur Verfügung gestellt habe. Aufgrund steigender Zahlen werde man dort in den nächsten Wochen Menschen unterbringen. Am selben Tag habe man etwa 57 Menschen zugewiesen bekommen. Für die nächste Woche seien 70 angekündigt worden. Man wolle durch die Unterbringung in Tringenstein vermeiden, dass im Oktober weitere Delegationen an die Städte und Gemeinden erfolgen müssten. Insbesondere die Gemeinde Siegbach müsse entlastet werden.

Abgeordneter J.-M. Müller (CDU) stellt fest, dass der Kreisausschuss den Wünschen der Menschen vor Ort in Bezug auf das Ferienheim in Tringenstein mit seinem Beschluss vollumfänglich entsprochen habe. Die außerordentlichen Betreuungsleistungen, die die Tringensteiner aufgrund von parteiübergreifenden Initiativen im Ort in den letzten Wochen erbracht hätten, habe man nicht mehr aufrechterhalten können. Deshalb habe man sich in Tringenstein gewünscht, dass so verfahren werde. Den AfD-Antrag halte er für Populismus, da er sich nicht an den Interessen der Menschen vor Ort orientiere. Im Übrigen habe man als Kreis die gesetzliche Aufgabe, sich um die ankommenden Menschen zu kümmern. Hierüber müsse nicht diskutiert werden.

Abgeordneter Dr. Büger (FDP) führt aus, dass solide Politik die Vorgaben betrachte, die man durch Gesetze und Verträge habe. Sie balanciere Interessen fair aus und sei dabei sachlich und menschlich. Die AfD-Fraktion ignoriere mit ihrem Antrag jedoch die Möglichkeiten des Kreises und die gesetzlichen Vorgaben, denen man verpflichtet sei. Im Ergebnis müsse man die Menschen aufnehmen, die das Land zuweise. Dabei müssten die Interessen, wie die der Gemeinde Siegbach ausbalanciert werden. In der aktuellen Lage sei es schlicht unmöglich, das Ferienheim in Tringenstein nicht zu nehmen. Sobald man genügend Plätze frei habe, werde man es wieder freigeben. Im Übrigen dürften Geflüchtete ein faires Verfahren und menschliche Behandlung erwarten, was der Antrag in unangebrachter Weise instrumentalisieren würde.

Abgeordnete Kunz (SPD) führt aus, dass der Kreisausschuss absichtlich erst nach den Sommerferien eine Belegung mit Geflüchteten geplant habe. Kinder und Jugendliche hätten in der Pandemie viel zurückgesteckt, so dass man es ihnen schulde, sich um ihre Bedürfnisse und eine lebenswerte Zukunft zu kümmern. Ein Zurückziehen in alte Zeiten oder Verharren in Opferrollen helfe dabei nicht. Angebote zu Jugendfreizeiten und viele andere niedrigschwellige Angebote seien bereits gut genutzt worden. Jetzt wolle man die Städte und Gemeinden dabei unterstützen, Turnhallen freizuhalten, und kluge Lösungen mit ihnen finden. Sie kritisiert, dass das Land die Erstaufnahme nicht ausbaue und ausweite. Man gehe vor Ort mit den Folgen um.

Vorsitzender Volkmann (CDU) fordert die Abgeordnete Kunz (SPD) während ihrer Rede auf, zur Sache zu sprechen.

Abgeordneter Bellinghausen (AfD) hat den Eindruck, dass kaum junge Familien unter den Geflüchteten seien, sondern größtenteils junge afroarabische Männer. Bei aller wünschenswerter Solidarität seien die Mittel zudem begrenzt. Im Kreistag müssten Prioritäten gesetzt werden. Dabei sei man der Bevölkerung verpflichtet, die mit diesem Ferienheim wieder eine Freizeiteinrichtung verlieren würden. Die Kinder- und Jugendlichen hätten schon in der Pandemie die Lasten zu tragen gehabt.

Vorsitzender Volkmann (CDU) informiert die Abgeordneten, dass man in der letzten Sitzung des Ältestenrates eine Aussprache über Tonalität und Umgangsformen im Kreistag geführt habe. Er stelle fest, dass dies wirkungslos gewesen sei.

Abgeordnete Klement (B90/Die Grünen) sagt klar, dass der massive Zustrom fordere und überfordere. Alle würden unter dieser Situation leiden und man müsse Lösungen finden. Dies sei nicht einfach, da die Dinge komplex seien. Die Politik nehme sie in diesem Zusammenhang als Schuldzuweisung an andere wahr. Sie empfiehlt, abzurüsten und in einen Dialog zu kommen, damit die Flüchtlingspolitik von der Mitte der Gesellschaft getragen werde. Vor Ort sei wichtig, dass die Geflüchteten umgehend die Sprache lernen könnten und dass man ihnen Arbeitsmöglichkeiten eröffne. Dabei müsse man über Standards nachdenken, etwa bei Sprachkursen oder der Anerkennung von Abschlüssen. Das Recht auf Asyl dürfe jedenfalls nicht gefährdet werden.

Abgeordneter Bellinghausen (AfD) gibt eine persönliche Erklärung nach der Geschäftsordnung ab. Er empfinde die Sitzungsleitung in Bezug auf die Erteilung von Sach- und Ordnungsrufen als ungerecht. Das Kommentieren von Reden erfolge aus seiner Sicht einseitig gegen seine Person.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt **Vorsitzender Volkmann (CDU)** über den Antrag der AfD-Fraktion abstimmen:

Beschluss:

Der Kreisausschuss wird beauftragt, die Entscheidung, die Kreis-Jugendeinrichtung Erika-Heß-Feriedorf in Siegbach-Tringenstein für die Unterbringung von Migranten zu nutzen, zurückzunehmen. Die erforderlichen organisatorischen Maßnahmen für eine weitere Nutzung der Einrichtung als Freizeiteinrichtung für unsere Jugendlichen und Schulkinder sind unverzüglich umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich dagegen

5 Ja-Stimmen (AfD)

66 Nein-Stimmen (23 CDU, 19 SPD, 9 B90/Die Grünen, 7 FWG, 4 FDP, 2 DIE LINKE, 2 fraktionslos

o Enthaltungen

Zu TOP 8.

Aufnahmestopp

Antrag der AfD-Fraktion vom 16.07.2023

A-45/2023

Abgeordneter Mulch (AfD) spricht die aktuellen Ereignisse in Lampedusa an. Kein einziger der dort ankommenden Migranten beabsichtige, dort zu bleiben. Ihr Ziel sei vielmehr Deutschland, wo es neben einer Aussicht auf Familiennachzug auch Geld gebe. Der Landkreis sei jedoch am Limit und könne die Geflüchteten nicht mehr aufnehmen, die nach seiner Rechtsauffassung sowieso kein Recht auf Geld und Familiennachzug hätten. Er frage sich, warum man nicht aufhöre, wenn man am Limit sei. Zwar sei man nach Art. 16 a des Grundgesetzes dazu verpflichtet, Asylsuchende aufzunehmen und unterzubringen. Der Artikel habe aber noch einen zweiten Absatz. Daher fordere man nichts rechtlich Unzulässiges. Außerdem sehe er eine moralische Verpflichtung, sich zunächst um die Menschen im eigenen Landkreis zu kümmern.

Abgeordnete Ohnacker (DIE LINKE) schämt sich dafür, dass diese Dinge per Video übertragen würden. Die Menschen im Kreis würden erwarten, dass man sich um die Probleme kümmere,

sachlich damit umgehe und Lösungen finde. Stattdessen würde Angst und Wut geschürt und politisch für eigene Zwecke ausgenutzt.

Abgeordneter Dr. Rauber (SPD) führt aus, dass die Frage der Unterbringung und Vermeidung von Obdachlosigkeit in einer angespannten Lage den Kreis sehr beschäftige. Wer ein Bleiberecht habe, entscheide der Kreisausschuss jedoch nicht. Dies sei rechtlich nicht zulässig. Er bezeichnet die Art und Weise, wie der Antragsteller über den Hauptamtlichen Kreisbeigeordneten Aurand gesprochen habe, als unverschämt. Dieser habe seit vielen Jahrzehnten verträgliche Lösungen für die Bevölkerung im Kreis gesucht und im Rahmen der Möglichkeiten gefunden. Nichts zu tun sei keine Lösung, wie man in Italien sehe. Die Aufnahme von Menschen zu verweigern, zu der man gesetzlich verpflichtet sei, sei rechtswidrig und somit auch keine Lösung. Ziel der Mehrheit des Kreistages sei es daher, eine schwierige Lage so zu bewältigen, dass es erträglich für alle bleibe, die hier lebten, und einigermaßen erträglich für die, die kommen würden.

Abgeordneter Hantusch (fraktionslos) trägt vor, dass der menschengemachte Bevölkerungswandel im Kreis seinen Lauf nehme. Nachdem die Freizeitheime in Heisterberg und Tringenstein beschlagnahmt worden seien, frage er sich, ob danach Turnhallen, Kindergärten oder Schulen folgten. Er befürchte, dass man auf das Ende des Grundgesetzes hinauslaufe, wenn das Multi-Kulti-Projekt durchgezogen werde. Die Kosten würden von Menschen getragen, die beispielsweise als Rentner kaum mehr Geld zur Verfügung hätten, als illegal Eingereiste.

Vorsitzender Volkmann (CDU) erteilt dem Abgeordneten Hantusch (fraktionslos) für die Verwendung des Begriffes „volksfeindlich“ eine Rüge. Auf die Bitte des Abgeordneten Hantusch (fraktionslos) nach einer Liste erlaubter Begriffe erklärt **Vorsitzender Volkmann (CDU)**, dass dies relativ einfach sei. Worte, die dem Sprachgebrauch des Faschismus entstammen würden, dürfe man hier nicht verwenden.

Abgeordneter Dworschak (Bgo/Die Grünen) steht für Humanität und für das Grundgesetz. Politisch Verfolgte hätten danach ein Anrecht auf Asyl. Unverschämt findet er, dass die Verwaltungsführung aufgefordert werde, rechtswidriges zu tun, indem zugewiesene Asylbewerber abgelehnt würden. Wahlkampf solle auf dem Marktplatz stattfinden und nicht im Kreistag.

Abgeordneter J.-M. Müller (CDU) beklagt sich, dass Narrative bemüht würden. Dass die deutsche Bevölkerung wie eine Weihnachtsgans ausgenommen werde, habe schon Jose Goebbels gesagt. Diese Sprache werde bewusst und vorsätzlich verwendet. Er lobt in diesem Zusammenhang den Kreistagsvorsitzenden, der sich bemühe, den Kreistag ordentlich zu führen, obwohl derartige Vorträge kämen. Man habe eine überfordernde Situation, die alle nicht gut finden würden. Damit müsse man sich auseinandersetzen, da es die Menschen beschäftige. Die Verfassungslage sei komplex und werde vom Antragsteller falsch ausgelegt. Die in Artikel 16a Abs. 2 des Grundgesetzes beschriebenen Umstände müssten geprüft werden. Mit diesem Antrag werde der Landrat somit aufgefordert, gegen Recht und Gesetz zu verstoßen. Den Hauptamtlichen Kreisbeigeordneten in diesem Zusammenhang noch zu beleidigen sei unerträglich. Was stattdessen gemacht werden solle, wisse die AfD nicht. Im Übrigen merkt er an, dass Rentner Leistungen der Deutschen Rentenversicherung erhielten. Die geringen Leistungen, die Asylbewerber bekämen, stammten aus anderen Kassen und fehlten den Rentnern nicht.

Abgeordnete Klement (Bgo/Die Grünen) beantragt das Ende der Debatte nach der Geschäftsordnung. **Abgeordneter Mulch (AfD)** erhebt formale Gegenrede.

Vorsitzender Volkmann (CDU) verliest daraufhin die Redeliste und lässt über den Antrag auf das Ende der Debatte abstimmen:

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich zugestimmt

Da die FWG-Fraktion sowie FDP-Fraktion noch nicht zum Thema gesprochen hatten, erteilt **Vorsitzender Volkmann (CDU)** den nachfolgenden beiden Rednern das Wort:

Abgeordneter Dr. Büger (FDP) hält den Antrag für unsinnig und rechtswidrig. Diejenigen, die nach dem Gesetz zugewiesen würden, hielten sich automatisch legal im Kreis auf. Der Antrag sei rechtswidrig, da dem Kreistag keine Prüfung zustehe, ob jemand nach den gesetzlichen Regelungen ein Recht habe, im Kreis zu sein. Dies werde auf Landes- bzw. Bundesebene geprüft. Klar sei, dass die große Zahl an Geflüchteten die Kommunen belasteten und an Belastungsgrenzen bringen würden. Hier müsse auf Landes- oder Bundesebene reagiert werden, etwas durch zentrale Unterbringung bis zu einer Entscheidung über das Bleiberecht.

Abgeordneter Ludwig (FWG) stellt fest, dass man sich nicht im Bundes- oder Landtag befinde. Man sei ein Teil der Verwaltung und habe bestehende Gesetze auszuführen. Im Gegensatz zur AfD sei er der Auffassung, dass der Kreisausschuss seine Arbeit ausgesprochen gut mache und die bestehenden Möglichkeiten gut nutze. Er dankt Landrat Schuster und dem Hauptamtlichen Kreisbeigeordneten Aurand hierfür ausdrücklich für außerordentliche Arbeit in schwierigen Zeiten und dem Vorsitzenden Volkmann für seine souveräne Sitzungsleitung. Er sagt die Unterstützung seiner Fraktion zu.

Da das Ende der Debatte beschlossen worden sei, lässt **Vorsitzender Volkmann (CDU)** über den Antrag der AfD-Fraktion abstimmen:

Beschluss:

Der Kreistag des Lahn-Dill-Kreises fordert den Kreisausschuss auf, mit sofortiger Wirkung zu veranlassen, dass keine illegalen Migranten aufgenommen und im Lahn-Dill-Kreis untergebracht werden. Diese sind, falls vom Land geschickt, umgehend wieder in die HEAE Gießen zurückzusenden.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich dagegen

6 Ja-Stimmen (AfD, 1 fraktionslos)

63 Nein-Stimmen (21 CDU, 19 SPD, 9 B90/Die Grünen, 7 FWG, 4 FDP, 2 DIE LINKE, 1 fraktionslos)

0 Enthaltungen

Zu TOP 9.

Aktualisierung des Energie- und Klimaschutzkonzeptes

Antrag der Fraktionen SPD, B90/Die Grünen, FWG und FDP vom 02.08.2023

A-46/2023

Abgeordneter Dr. Marien (B90/Die Grünen) verweist auf den Kreisausschussbeschluss aus 2015, mit dem die Ziele und Maßnahme Pläne des integrierten Energie- und Klimaschutzkonzeptes inklusive eines dazugehörigen Controlling Systems beschlossen worden seien. Das Konzept sei themenübergreifend ausgerichtet und betrachte alle Energieverbräuche von privaten Haushalten, Industrie, Gewerbe, Handel, Dienstleistung sowie der Kommunen selbst. Für die Städte Aßlar, Leun, Solms und Wetzlar hätten eigene Klimaschutzkonzepte vorgelegen, so dass für diese kein Handlungsbedarf bestanden hätte. Die übrigen Kommunen hätten mit Ausnahme von Ehringshausen mit dem Kreis eine Kooperationsvereinbarung unterzeichnet. Das Konzept enthalte eine umfangreiche Bestands- und Potentialanalyse sowie Vorschläge für die Durchführung von Maßnahmen. Die Minderungsziele in Bezug auf Treibhausgase seien zwischenzeitlich aber gesetzlich angepasst worden, außerdem würden nun natürliche Ökosysteme berücksichtigt. Schließlich müssten Kommunen bis 2028 eine Wärmeplanung durchführen. Das Energie- und

Klimaschutzkonzept des Kreises entspreche insoweit nicht mehr den aktuellen gesetzlichen Rahmenbedingungen und müsse angepasst werden. Das Klimaschutzkonzept sei in den folgenden vier Aspekten anzupassen: So müsse erstens das Datum der Treibhausgasneutralität von 2050 auf 2045 vorgezogen werden. Dazu sei es notwendig, einen entsprechenden Plan für die Sanierung aller kreiseigenen Liegenschaften auszuarbeiten. Die Reihenfolge der Maßnahmen müsse sich am Wirtschaftlichkeitsprinzip orientieren. Zudem sei es notwendig, die angestrebten Ziele messbar zu machen. Insofern sei ein entsprechendes Monitoring einzurichten. Es sei drittens wichtig, dass im zukünftigen Klimaschutzkonzept natürliche Ökosysteme mitberücksichtigt werden. So müssen sowohl forstwirtschaftliche als auch landwirtschaftliche Maßnahmen mitbetrachtet und mitbilanziert werden. Schließlich sei ein künftiger Schwerpunkt die Unterstützung der kommunalen Wärmeplanung. Hier gelte es, Daten, die bereits erhoben worden sind, wie etwa ortsteilbezogene Energiesteckbriefe oder Schornsteinfegerdaten, auf den aktuellen Stand gebracht werden müssen und dann den Gemeinden zur Verfügung gestellt werden sollen. Auch seien die vielen Gewerbebetriebe des Kreisgebietes mit in eine solche Planung mit einzubeziehen. Um möglichst von den von Bund und Land bereitgestellten und begrenzten Fördermitteln abrufen zu können, sei es wichtig, jetzt schnell zu handeln und möglichst bald entsprechende Anträge zu stellen.

Stellvertretende Kreistagsvorsitzende Petersen (CDU) übernimmt an dieser Stelle die Sitzungsleitung.

Abgeordneter Grüger (SPD) bestätigt, dass das Thema Wärmeplanung bislang nicht in dem Maße im Konzept berücksichtigt sei, wie es nach aktuellem Stand sein müsse. Er bemängelt, dass für diese Aufgabe nicht genügend Mittel durch das Land zur Verfügung gestellt würden. Auch in den Bereichen Photovoltaik und Windkraftanlagen hätte sich in den letzten Jahren viel geändert, was im Konzept Berücksichtigung finden müsse. Die Überarbeitung sei daher notwendig.

Abgeordneter Wagner (AfD) ist der Ansicht, dass man den Menschen über den Antrag vorschreiben wolle, wie sie heizen müssten und mit welchem Auto sie fahren sollten. Selbst wenn man etwas für die Umwelt tun wolle, seien die Preise für E-Autos nicht bezahlbar. Die Bevölkerung werde damit überfordert. Er spricht sich außerdem dafür aus, dass man selbst frei entscheiden könne, wie man heize.

Abgeordnete Zühlsdorf-Michel (Bgo/Die Grünen) fragt, ob dem Abgeordneten Wagner (AfD) klar sei, dass nicht über die Fortschreibung des Klimaschutzgesetzes gesprochen werde.

Abgeordneter Wagner (AfD) bestätigt dies. Er sei gegen Bevormundung. Der Antrag bedeute mehr Bürokratie und eine Beeinflussung der Bevölkerung, was er ablehne.

Vorsitzender Volkmann (CDU) übernimmt an dieser Stelle die Sitzungsleitung.

Abgeordneter J.-M. Müller (CDU) trägt vor, dass es in dem Antrag nicht um das gehe, was der Vorredner angesprochen habe und wenn es Regeln gebe, sei dies nicht grundsätzlich schlecht zu bewerten. Das was mit dem Antrag gefordert werde, habe die Klimakommission bereits beschlossen und das Klimakonzept befinde sich laut Homepage wegen geänderter Anforderungen bereits in Bearbeitung. Es mache daher keinen Sinn, dies mit den Antrag wieder in Frage zu stellen. Zudem sei es eine Missachtung der Arbeit der Klimakommission und der Mitarbeitenden in der Kreisverwaltung. Wärmeplanung halte er für wirtschaftlich sinnvoll. Er spricht sich daher für eine Prüfung aus, ob die Abfallwirtschaft Lahn-Dill die Wärmeplanung für die Städte und Gemeinden machen könne.

Abgeordneter Dr. Büger (FDP) führt ebenfalls aus, dass alles, was der Abgeordnete Wagner (AfD) gesagt habe, nichts mit dem zu tun habe, was der Antrag beschreibe. Das Gesetz sehe nun eine kommunale Wärmeplanung vor, die von den Kommunen gemacht werde. Es sei jedoch klug, die

Ressourcen beim Kreis auf dieses Ziel hin zu bündeln und die Städte und Gemeinden darin zu unterstützen. Dass der Antrag für überflüssig gehalten werde, lege er als Lob aus. Der Kreistag unterstütze die Arbeit einer Kommission indem man das aufgreife, was dort angestoßen werde.

Abgeordneter L. Müller (CDU) bringt für seine Fraktion einen Ergänzungsantrag ein:

„Der Kreisausschuss wird beauftragt zu prüfen, welche Aufgaben zur Unterstützung der Gemeinden, die AWLD und das Klimaschutzmanagement übernehmen können.“

Vorsitzender Volkmann (CDU) gewährt auf Antrag der **Abgeordneten Klement (B90/Die Grünen)** eine 5-minütige Sitzungsunterbrechung.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt **Vorsitzender Volkmann (CDU)** zunächst über den Antrag der Fraktionen SPD, B90/Die Grünen, FWG und FDP abstimmen:

Beschluss:

Der Kreistag des Lahn-Dill-Kreises bittet den Kreisausschuss, das vorliegende Energie- und Klimaschutzkonzept zu aktualisieren und schwerpunktmäßig hinsichtlich der kommunalen Wärmeplanung der Städte und Gemeinden fortzuschreiben.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich dafür

42 Ja-Stimmen (19 SPD, 9 B90/Die Grünen, 7 FWG, 4 FDP, 2 DIE LINKE, 1 fraktionslos)

27 Nein-Stimmen (21 CDU, 5 AfD, 1 fraktionslos)

0 Enthaltungen

Im Anschluss lässt **Vorsitzender Volkmann (CDU)** über den Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt

21 Ja-Stimmen CDU,

43 Nein-Stimmen (18 SPD, 8 B90/Die Grünen, 7 FWG, 4 FDP, 5 AfD, 1 fraktionslos)

5 Enthaltungen (2 DIE LINKE, 1 SPD, 1 B90/Die Grünen, 1 fraktionslos)

Zu TOP 10.

Suchtprävention für Kinder und Jugendliche

Antrag der Fraktionen SPD, B90/Die Grünen, FWG und FDP vom 17.07.2023

A-47/2023

Abgeordnete G. Esch (FWG) stellt fest, dass die Art und Weise des Umganges im Kreistag zu oft den würdevollen Respekt voreinander außen vorlasse. Es werde zunehmend auf rhetorischen Populismus gesetzt, der Angst und Wut in der Bevölkerung schüre. Gezielte Desinformation käme hinzu und bereite ihr Sorgen wegen des demokratischen Zusammenhaltes. Ziel sei es daher, den Kindern eine positive Zukunft zu bereiten, die sie stark für ein friedvolles solidarisches Miteinander mache. Man müsse ihnen daher Gehör verschaffen und sie ernst nehmen. Im Rahmen des Projektes „Pimp your Town“ habe man sich die Ideen und Wünsche der Schülerinnen und Schüler des Johanneum-Gymnasiums, die zugleich auch Anträge gewesen seien, angeschaut und aufgegriffen. Viele junge Menschen würden sich mit immer größeren gesellschaftlichen Anforderungen konfrontiert sehen, was ein Suchtverhalten begünstige. Psychische Suchtformen würden zunehmen. Man nehme das Anliegen der Schüler daher sehr ernst.

Abgeordneter Mulch (AfD) sieht es als widersprüchlich an, dass auf Bundesebene Erwerb, Besitz und Genuss gefährlicher Drogen legalisiert werde, während man auf kommunaler Ebene ein Angebot zur Suchtprävention schaffen wolle.

Abgeordneter L. Müller (CDU) sieht Einigkeit, dass es wichtig sei, die Anregungen, die aus dem Projekt „Pimp your Town“ hervorgegangen seien, ernst zu nehmen und aufzugreifen. Gegen eine Befassung des Sozialausschusses sei auch nichts einzuwenden. Ein verstetigtes Informationsangebot zu prüfen, halte er jedoch nicht für notwendig, da es ein solches bereits gebe. Er nennt das Angebot des Landes Hessen „Offene Ohren“ und im Lahn-Dill-Kreis die Arbeitsloseninitiative „WALI“ bis hin zu Suchthilfe Wetzlar des Diakonischen Werkes. Außerdem finde man auf der Homepage des Kreises weitere aufschlussreiche Informationsangebote. Insbesondere die Suchthilfe biete auch Angebote für Schulen an. Es werde aus seiner Sicht etwas beantragt, was es schon gebe.

Abgeordnete Benner-Berns (FDP) schließt sich der Abgeordneten G. Esch (FWG) an. Hinter der angesprochenen Legalisierung von Cannabis auf Bundesebene stehe der Versuch, unproblematische Substanzen aus der Illegalität herauszuholen. Insgesamt gehe es um den richtigen Umgang mit Suchtmitteln, die auch in der Nutzung sozialer Medien liegen könnten. Mit dem Antrag solle geprüft werden, wo noch etwas fehle oder mehr getan werden könne. Er greife ein wichtiges Thema auf, dem man sich zuwenden müsse: Die Prävention von Sucht und Stärkung der Resilienz von Kindern und Jugendlichen. Sie lobt das Projekt „Pimp your Town“, das Politik und Demokratie erlebbarer gemacht habe. Mit dem Aufnehmen der Anträge aus diesem Projekt zeige man, dass es sich nicht nur um ein Spiel gehandelt habe, sondern dass man die Anliegen der Kinder- und Jugendlichen sehr ernst nehme.

Abgeordnete Kunz (SPD) weist darauf hin, dass man mit der Suchthilfe Wetzlar, die im ganzen Kreis tätig sei, ein gutes Angebot zur Suchtprävention in den Schulen habe. Es gebe dort auch Angebote für Menschen in Familien, in denen es bereits eine Suchtproblematik gebe. Süchte seien ernstzunehmende Krankheiten so dass es gelte, junge Menschen zu stärken und ihnen Perspektiven aufzuzeigen. Sie freue sich, dass Jugendliche dieses Problem klar erkannt hätten und dem etwas entgegensetzen wollten. Im Zusammenhang mit der Diskussion über die Cannabis-Legalisierung wünscht sie, dass man genauso auch über Alkohol spreche, dessen Konsum als normal gelte. Mit der Legalisierung wolle man einen Schwarzmarkt austrocknen.

Abgeordnete Dr. Rinn (B90/Die Grünen) macht darauf aufmerksam, dass es einen großen Unterschied zwischen Beratungsangebot und Präventionsarbeit gebe. Bei der Prävention gehe es eher um Stärkung des Selbstbewusstseins und darum, sich nicht instrumentalisiert zu lassen und zu widerstehen.

Abgeordnete Klement (B90/Die Grünen) stellt fest, dass die Cannabis-Legalisierung nicht das Ziel habe, Menschen in die Sucht zu führen. Vielmehr solle der Schwarzmarkt bekämpft werden. Wenn es ein Informationsangebot gebe, komme es offensichtlich nicht so bei den Schülerinnen und Schülern an, wie es dort gewünscht werde. Man müsse daher schauen, wo es hänge und was man besser machen könne.

Abgeordneter Hundertmark (CDU) führt aus, dass Suchtprobleme jedweder Art Teil der Gesellschaft seien. An Schulen mache man nicht nur Beratungsarbeit, sondern auch Präventionsarbeit. An jeder Schule würden Beratungslehrkräfte für Suchtfragen eingesetzt, für die es Fortbildungen, Mediation und Supervision beim Staatlichen Schulamt gebe. Außerdem gebe es Handlungsleitfäden. Der Kreis sei als Schulträger involviert. Den größten Teil des im Antrag angesprochenen, mache man bereits in den Schulen. Genauso müsse man sich aber um diejenigen kümmern, die man nicht mehr regelmäßig in den Schulen oder anderen staatlichen Organisationen antreffe. Er spricht sich für eine Beratung im Sozialausschuss und eine Bestandsaufnahme aus.

Abgeordnete Beimborn (SPD) erinnert an die Beiträge der Kinder und Jugendlichen, die diese Idee entwickelt und den Bedarf formuliert hätten. Es sei ihnen um einen leichten Zugang zu

Beratungsangeboten und zu dieser Thematik gegangen und darum, dass dies an den Schulen bekannt sei. Sie könne sich vorstellen, die beteiligten Jugendlichen aus Herborn in die Beratung im Sozialausschuss einzubeziehen. Dies könne auch ein Einstieg in ein potentiell Jugendparlament sein.

Abgeordneter Hundertmark (CDU) beantragt, den Antrag zur endgültigen Beschlussfassung in den Sozialausschuss zu verweisen.

Da die antragstellenden Fraktionen einverstanden sind, lässt **Vorsitzender Volkmann (CDU)** über den Geschäftsordnungsantrag auf Verweis des Antrages der Fraktionen SPD, B90/Die Grünen, FWG und FDP in den Sozialausschuss zur endgültigen Beschlussfassung abstimmen:

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt

Zu TOP 11.

Seelisch-psychischer Beistand im außerschulischen Alltag
Antrag der Fraktionen SPD, B90/Die Grünen, FWG und FDP vom 17.07.2023
A-48/2023

Abgeordnete G. Esch (FWG) führt aus, dass es sich um einen weiteren Antrag aus der Schülerschaft handele. Es gehe ihnen um niedrigschwellige Angebote zur seelisch-psychischen Unterstützung außerhalb des Schulalltages unter Wahrung ihrer Anonymität. Gerade Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Verhältnissen wären die Hauptleidtragenden der Corona-Pandemie gewesen. In der Folge der Pandemie und der langen Schulschließungen fühlten sich 73 % der Kinder und Jugendlichen psychisch belastet. Der Bund habe Handlungsempfehlungen zur Stärkung der Resilienz beschlossen. Mit dem Antrag wolle man diese Handlungsfelder unterstützen.

Abgeordnete Lenzer (CDU) teilt mit, dass auch bei diesem Thema die Schulpsychologie einen Handlungsleitfaden zur Krisenintervention geschaffen. Dieser werde jährlich aktualisiert und an den Schulen verteilt. Er enthalte Angebote und Ansprechpartner, die bei seelischen oder psychischen Problemen helfen könnten. Für jede Schülerin oder Schüler gebe es einen Schulpsychologen, der bei Bedarf anonym an die Schule komme oder am Schulamt aufgesucht werden könne. Ein Bericht unter Hinzuziehung der der Schulpsychologie im Sozialausschuss sei sinnvoll und solle auch der Schulkommission sowie dem Jugendhilfeausschuss zugeleitet werden.

Abgeordneter Hundertmark (CDU) beantragt, den Antrag zur endgültigen Beschlussfassung in den Sozialausschuss zu verweisen.

Da die antragstellenden Fraktionen einverstanden sind, lässt **Vorsitzender Volkmann (CDU)** über den Geschäftsordnungsantrag auf Verweis des Antrages der Fraktionen SPD, B90/Die Grünen, FWG und FDP in den Sozialausschuss zur endgültigen Beschlussfassung abstimmen:

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt

Zu TOP 12.

Umfrage Mitarbeiterinnen- und Mitarbeiterzufriedenheit
Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 01.09.2023
A-57/2023

Abgeordnete Ohnacker (DIE LINKE) spricht den Personalmangel an, der in alle Berufsgruppen präsent sei. Auch vor kommunalen Arbeitgebern mache diese Entwicklung nicht Halt und es werde

zunehmend schwieriger, alle Stellen zu besetzen. Die Mitarbeiterzufriedenheit sei vielleicht der wichtigste Faktor, Mitarbeitende zu gewinnen und zu halten. Unbesetzte Stellen könnten längere Arbeitszeiten bedeuten und zu einer erhöhten Arbeitsbelastung für vorhandene Mitarbeitende führen. Mit dem Antrag wolle man ausdrücklich nicht sagen, dass der Lahn-Dill-Kreis momentan ein schlechter Arbeitgeber sei. Es solle lediglich analysiert werden, ob es Optimierungsbedarf gebe.

Landrat Schuster stellt fest, dass das Thema den Kreistag nichts angehe. Diese Dinge würden vom Kreisausschuss mit dem Personalrat besprochen und umgesetzt. Die Mitarbeitenden seien ein wichtiges Gut. Man habe in 2013 eine Mitarbeiterinnen- und Mitarbeiterbefragung im Aufgabenbereich Kfz-Zulassung mit Publikumsverkehr, Wetzlar und Herborn durchgeführt. Themenblöcke seien gewesen: Zusammenarbeit/Kommunikation im Team, Zusammenarbeit mit Vorgesetzten/Teamleitung, Arbeit im Kundenkontakt, Möglichkeiten für Ideen/Vorschläge, Unterstützung/Rückhalt durch den Vorgesetzten/die Teamleitung, Lob/Anerkennung, Urlaub/Krankheit, Kritik. In 2014 habe man eine Befragung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Zentralen Leitstelle zum Thema Supervisionen und gesundheitliche Unterstützung durchgeführt. In 2015 habe es eine Mitarbeiterbefragung „Gesundes Arbeiten“ gegeben. Themenblöcke seien gewesen: Körperliche Beanspruchung und Arbeitsumgebung, Arbeitsaufgaben und Arbeitsanforderungen, Betriebsklima, Körperliche Beschwerden, Gefühlszustand, Langfristige Ausübung der Tätigkeit, Gestaltungsmöglichkeiten, Tätigkeitsdauer. In 2017 habe man eine Mitarbeiterbefragung zur Gesunderhaltung am Arbeitsplatz im Bereich der Schulhausmeister durchgeführt. In 2018 schließlich eine Mitarbeiterbefragung zum Vorschlagswesen. Hier seien die Nutzung und die Zufriedenheit der Mitarbeitenden mit dem Vorschlagswesen evaluiert worden. Pandemiebedingt habe es danach eine Pause gegeben. Allgemeine Befragungen würden wenig bringen, da die Arbeitsplätze unterschiedliche Anforderungen hätten. Arbeitsplätze in der Zentralen Leitstelle würden sich stark von Arbeitsplätzen in der Kreisverwaltung unterscheiden und Arbeitsplätze in der Abfallwirtschaft von denen im Schulsekretariat. Er merkt an, dass in 14 Tagen die IHK Lahn-Dill den Lahn-Dill-Kreis als vorbildlichen Arbeitgeber im Bereich der Mobilitätsangebote für Mitarbeitende auszeichnen werde.

Abgeordneter J.-M. Müller (CDU) teilt mit, dass dieser Antrag ausschließlich in den Kreisausschuss gehöre und nicht in den Kreistag. Der Kreistag könne den Kreisausschuss in dieser Thematik nicht beauftragen. Einen Bericht über die Personalsituation im Kreistag zu diskutieren wäre sogar unzulässig. Es handele sich um eine klassische interne Führungsmaßnahme. Unstreitig sei aber auch, dass man es für wichtig erachte, sich um Mitarbeitende in der Kreisverwaltung gut zu kümmern und ihnen gute Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt **Vorsitzender Volkmann (CDU)** über den Antrag der Fraktion DIE LINKE abstimmen:

Beschluss:

Der Kreisausschuss wird gebeten, in der Kreisverwaltung, den Eigebetrieben und Beteiligungen eine Umfrage zur Mitarbeiterinnen- und Mitarbeiterzufriedenheit durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich dagegen

2 Ja-Stimmen (DIE LINKE)

63 Nein-Stimmen (19 CDU, 18 SPD, 9 B90/Die Grünen, 7 FWG, 5 AfD, 4 FDP, 1 fraktionslos)

1 Enthaltungen (fraktionslos)

Zu TOP 13.

Anhörung Schulbezirkssatzung

Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 01.09.2023

A-51/2023

Abgeordneter Zborschil (DIE LINKE) erinnert an den Beschluss über die Schulbezirkssatzung im März. Es sei damals versichert worden, dass alle Schulleitungen zugestimmt hätten und dass die Schulbezirkssatzung von den Schulgemeinschaften, den Eltern und der Schülerschaft breit getragen werde. Er behauptet, dass dies nicht der Fall gewesen sei, und berichtet von massivem schulinternen

Widerstand gegen die Pläne. Der Kreiselternbeirat sowie die Elternbeiräte der betroffenen Schulen seien zudem nicht in die Planungen eingebunden gewesen. Gleiches gelte für die Schülervvertretungen sowie den Kreisschülerrat. Dieses Vorgehen halte er nicht für transparent und man hätte mit diesem Wissen anders abgestimmt.

Vorsitzender Volkmann (CDU) weist den Abgeordneten Zborschil (DIE LINKE) drauf hin, dass er es nicht für einen guten Stil halte, wenn Namen von Personen genannt würden, die nicht persönlich anwesend seien und keine Person des öffentlichen Lebens im Kreis darstellten. Er halte es für ausreichend, lediglich die berufliche Funktion zu nennen.

Abgeordneter Böcher (SPD) stellt fest, dass es weder Aufgabe des Kreistages, noch des Bildungsausschusses, noch der Schulkommission sei, einen schulinternen Konflikt zu lösen. Als Erster Kreisbeigeordneter müsse man sich darauf verlassen können, was die Schulleiter aussagen würden. Darüber hinaus sei bei dem angesprochenen Verfahren größtmögliche Transparenz geschaffen worden, indem der Schriftverkehr zum Konsens der Schulleitungen an die Abgeordneten weitergeleitet worden sei. Im Übrigen trage der damals beschlossene Kompromiss bereits und habe dazu geführt, dass 14 Zerspanerinnen und Zerspaner gefunden worden seien. Dadurch sei der Schulstandort nachhaltig gesichert worden.

Abgeordneter J.-M. Müller (CDU) fragt, ob der Abgeordnete Böcher (SPD) zustimme, dass der Landrat Träger des Kompromissvorschlages gewesen sei.

Abgeordneter Böcher (SPD) führt aus, dass er dafür sowohl den Landrat als auch den Schuldezernenten für den Kompromiss lobe.

Abgeordneter Mulch (AfD) erinnert, dass seine Fraktion gegen die Schulbezirkssatzung gestimmt habe. Sie würden Anträge nach dem Inhalt beurteilen und nicht nach dem Antragsteller.

Abgeordneter Berns (FDP) bekräftigt, dass er selten so eine intensive und komplexe Befassung mit einem Thema erlebt habe, wie bei der Verabschiedung der Schulbezirkssatzung. Sie sei von dem neuen Berufsschulmodell geprägt gewesen. Man sei als Kreis in der komfortablen Lage, Teile der Berufsausbildung sowohl in Wetzlar als auch in Dillenburg anbieten zu können. Dies solle man nicht durch unnötige Diskussionen zur Unzeit verspielen. In dem Wirtschaftsbericht des Ehrenamtlichen Kreisbeigeordneten Danne sei von erfreulichen Ausbildungszahlen die Rede gewesen. Sie seien dazu geeignet, die Berufsschullandschaft im Kreis zu stärken und zukunftsfähig zu machen. Daher halte er das Nachfassen mit diesem Antrag für unangemessen.

Erster Kreisbeigeordneter Esch macht deutlich, dass der Vortrag des Antragstellers an der Realität vorbeigehe. Es habe keinen Prozess gegeben, der jemals so transparent abgelaufen sei, wie dieser mit der Schulbezirkssatzung. Die Unterlagen zum Verfahren seien lückenlos versandt worden. Wenn dies am Abgeordnete Zborschil (DIE LINKE) vorbeigegangen sei, dann empfehle er dem Abgeordneten, ab und zu eine der Ausschusssitzungen auch zu besuchen. Dort sei die Thematik jedenfalls ausführlich besprochen worden. Er verbitte es sich, dass der Abgeordnete Zborschil (DIE LINKE) öffentlich statuiere, dass ihm irgendetwas vorenthalten worden sei. Dies sei Unfug.

Abgeordneter Hundertmark (CDU) stellt fest, dass man im Lahn-Dill-Kreis 5 Berufsschulen an 2 Orten (Wetzlar und Dillenburg) habe. Hätte man den damaligen Kompromiss nicht gefasst, wie es die AfD wollte, hätte man heute weder in Wetzlar noch in Dillenburg die entsprechenden Ausbildungsberufe. Die Auszubildenden hätten die Berufsschulen eines anderen Landkreises besuchen müssen. Das wäre ein wahrhaft fauler Kompromiss mit deutlichen Nachteilen für den Kreis gewesen. Zum Antrag sagt er, dass man zur Unzeit Diskussionen aufwerfen wolle, die man aktuell nicht brauche. Mit dem Beschluss zur Schulbezirkssatzung habe man sowohl den Berufsschulstandort in Wetzlar als auch in Dillenburg halten können. An diesem Kompromiss, der an

der Ist-Situation des Kreises nichts geändert habe, wolle er gern festhalten. Er solle erst dann zum Thema gemacht werden, wenn es notwendig sei.

Abgeordneter Ludwig (FWG) beschreibt, dass der Abgeordnete Zborschil ein anderes Drehbuch vom Leben habe, als die meisten anderen. Es habe ein transparentes Verfahren gegeben. Alles sei offen auf den Tisch gelegt worden und die Beteiligten seien an Bord gewesen. Der Beschluss sei rechtzeitig zum Erhalt der Strukturen gefasst worden. Der Erste Kreisbeigeordnete Esch habe keineswegs etwas vorenthalten oder die Unwahrheit gesagt. Das Gegenteil sei der Fall.

Abgeordneter Dr. Büger (FDP) stellt einen Geschäftsordnungsantrag auf Schluss der Debatte.
Vorsitzender Volkmann (CDU) lässt über den Antrag abstimmen:

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich zugestimmt

Abgeordneter Zborschil (DIE LINKE) gibt eine persönliche Erklärung ab. Von 25 Ausschusssitzungen habe er an 22 Sitzungen teilgenommen.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt **Vorsitzender Volkmann (CDU)** über den Antrag der Fraktion DIE LINKE abstimme:

Beschluss:

Der Bildungsausschuss des Lahn-Dill-Kreises lädt die Schulleitungen und Elternvertretungen der lokalen Berufsschulen zur nächstmöglichen Sitzung des Ausschusses ein, um Rückmeldungen zur Zufriedenheit und Problemen mit der geänderten Schulbezirkssatzung einzuholen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich dagegen
7 Ja-Stimmen (5 AfD, 2 DIE LINKE)
56 Nein-Stimmen (18 CDU, 18 SPD, 9 B90/Die Grünen, 7 FWG, 4 FDP)
2 Enthaltungen (fraktionslos)

Vorsitzender Volkmann (CDU) schließt die Sitzung des Kreistages um 17:30 Uhr und bedankt sich bei den Abgeordneten für Ihre Teilnahme.

Wetzlar, 06.10.2023

gez.

Johannes Volkmann
Kreistagsvorsitzender

Birgit Klein
Schriftführerin